



Europäisches Parlament

Lars Patrick Berg MdEP

Innenministerium Baden-Württemberg
Herrn Minister Thomas Strobl
Willy-Brandt-Straße 41
D - 70173 Stuttgart

Brüssel, 24. Juli 2023

Sehr geehrter Herr Innenminister Strobl,

mit Besorgnis habe ich Berichte über die jüngsten Vergewaltigungen in Heidelberg gelesen. Bei den in U-Haft befindlichen Tätern handelt es sich erneut um Flüchtlinge. Die Opfer waren 17 und 22.

Seit 2015 wird immer deutlicher, dass die nicht gesteuerte irreguläre Migration nach Deutschland große Integrationsprobleme nach sich zieht. 2015 erklärten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wirtschaftsvertreter noch, dass die Flüchtlinge zwingend notwendig seien, um das Sozialsystem zu stabilisieren. Diese Erwartungen haben sich nicht erfüllt. Zwar benötigt Deutschland aufgrund des demografischen Wandels Zuwanderung, um die Sozialsysteme zu stabilisieren, dabei ist jedoch entscheidend, dass die Zuwanderer in den Arbeitsmarkt integriert werden und durch Steuern und Sozialabgaben mehr beitragen, als sie an staatlichen Leistungen erhalten.

Blickt man auf die Bilanz der seit 2015 gekommenen Flüchtlingen in Deutschland, so hat sich diese Erwartung nicht erfüllt. 70% von ihnen sind heute immer noch von staatlichen Transferleistungen abhängig. Der Zuzug von Flüchtlingen verschärft die Probleme der Sozialsysteme demnach, statt diese zu entlasten und bringt eine große Zahl junger Männer mit problematischem Frauenbild und fehlenden Perspektiven nach Deutschland.

Die Folgen dieser Entwicklung zeigen sich in den Bundeskriminalberichten mit dem Titel „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“. Flüchtlinge sind bei schweren Gewalttaten wie Totschlag, Mord und Vergewaltigung klar überrepräsentiert, sie sind statistisch sechs- bis siebenmal häufiger Täter, als Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Bei schweren Fällen von Vergewaltigung sind die Zahlen sogar noch höher.

Diese Entwicklung darf zwar nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten Flüchtlinge keine schweren Straftaten begehen, dennoch haben die absoluten Zahlen eine erschreckende Dimension erreicht. Allein im Zeitraum zwischen 2017 und 2020 wurden laut Kriminalitätsstatistik in Deutschland mehr als 3.000 Frauen von einem oder mehreren Flüchtlingen vergewaltigt. Wenn die

Mitgliedschaften:

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz · Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (Stellvertreter)
Delegation für die Beziehungen zu Indien · Delegation für die Beziehungen zu Afghanistan (Stellvertreter)

Rue Wiertz 60 · B-1047 Brüssel · WIB 07M021 · Tel. + 32 2 28-45389
F-67070 Straßburg · LOW T03011 · Tel. + 33 3 881-75389

larspatrick.berg@europarl.europa.eu

Landesregierung nicht aufhört, dieses Problem, das zuletzt in Heidelberg wieder erschreckenden Ausdruck gefunden hat, zu bagatellisieren, bereitet Sie den Boden für Fremdenfeindlichkeit und ein Gefühl schwindender innerer Sicherheit.

Allein ein Blick auf den Zeitraum vom 28.05- 20.06 zeichnet ein eindeutiges Bild von der zunehmenden Gewalt im öffentlichen Raum: Am 20.06. kam es im Herzogenriedbad Mannheim zu einer Massenschlägerei mit vierzig Beteiligten. Ein 24-jähriger Mann wurde dabei durch einen Messerstich verletzt. Der Schlägerei ging ein Vorfall voraus, bei dem zwei Erwachsene mit „südosteuropäischem Erscheinungsbild“ einen Jungen unter Wasser drückten. Im Inselbad Stuttgart kam es am 18.06. zu sexuellen Übergriffen. Dabei belästigte eine Gruppe von zehn Männern vier minderjährige Mädchen im Familienbecken und fasste sie gegen ihren Willen an den Brüsten und im Hüftbereich an. Zwei tatverdächtige Syrer kamen direkt nach der Befragung wieder auf freien Fuß. Am 28.05. wurde ein zwölf Jahre altes Mädchen im Inselbad Stuttgart von zwei 22- und 23-Jährigen im Intimbereich angefasst. Am folgenden Montag (29.05.) belästigten vier erwachsene Männer vier Mädchen ebenfalls im Familienbecken. Ein tatverdächtiger 23-jähriger Syrer kam in Untersuchungshaft, der jüngste Tatverdächtige war erst 13 Jahre alt.

Ich appelliere an Sie als Innenminister und die Landesregierung in ihrer Gesamtheit sexuelle Übergriffe von Flüchtlingen nicht länger als Einzelfälle zu betrachten und ein systematisches Problem zu leugnen. Bürgerinnen und Bürger lesen regelmäßig die Schlagzeilen über Übergriffe in Freibädern und Innenstädten. Diese Zusammenhänge verdienen mehr öffentliche Aufmerksamkeit in der politischen Mitte. Die vergewaltigten Frauen sind unzweifelhaft Opfer einer fehlgeleiteten Flüchtlingspolitik geworden, die falsche Toleranz für Täter und fehlendes Mitgefühl für die Opfer solcher Taten zeigt.

Unser derzeitiges Asylsystem führt dazu, dass junge Männer unter den Flüchtlingen überrepräsentiert sind. Diese Gruppe hat immer ein erhöhtes Kriminalitätsrisiko. Hinzu kommt, dass eine hohe Prozentzahl der Tatverdächtigen und Täter abgelehnte Asylbewerber sind oder solche, deren Verfahren noch läuft, die aber kaum Chancen auf eine Anerkennung haben. Darüber hinaus stammen viele junge männliche Flüchtlinge aus Gesellschaften, die stark patriarchalisch geprägt sind. Das ist auch ein Faktor bei dieser hohen Rate von Sexualdelikten.

Die Landesregierung steht in der Verantwortung, sich für beschleunigte Abschiebeprozesse abgelehnter und straffälliger Asylbewerber einzusetzen und muss auf Bundesebene dazu drängen, die Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer einzustufen, um Verfahren zu erleichtern. Es wird endlich Zeit für eine feministische Innen- und Migrationspolitik.

In Heidelberg zeigte sich ein weiteres Beispiel für die Folgen einer gescheiterten Migrationspolitik, unter deren Konsequenzen unsere Bürger leiden. Eine solche Politik schadet dem gesellschaftlichen Zusammenhalt und spielt Bevölkerungsgruppen gegeneinander aus.

Mit freundlichen Grüßen

Lars Patrick Berg MdEP